

**KGW's Rundschreiben**



20.12.2023  
Seite 1 von 8

*Vorweihnachtliche Gedanken!*

*Menschen wollen vieles ändern,  
speziell zum neuen Jahr.  
Dass es aber meistens scheitert,  
wird uns oft erst später klar.*

*Schluss mit den gemeinen Lastern,  
Nikotin und Alkohol.  
Ein paar Kilo abtrainieren  
und der Körper fühlt sich wohl.*

*Die Ernährung wird geändert,  
fort soll'n Speck und schlaffer Bauch.  
Süßigkeiten nur in Maßen,  
Geld gespart wird dadurch auch.*

*Frieden auf der ganzen Welt,  
Eintracht, die auf ewig hält,  
Kinderseelen, die sich freuen  
und ihr Leben nicht bereuen.*

*Keinen neuen Supergau,  
Träume, wenn sie bunt statt grau.  
Alte Menschen, die zufrieden,  
noch an neuen Plänen schmieden.*

*Keine üblen Diktatoren,  
für die Schwachen off'ne Ohren.  
Harmonie als Elixier  
All die Dinge zwanzig – 4*

## Deutschland, Europa und die Welt

Das war mehr als Heißluft, was Kanzler **Olaf Scholz** Ende November im Bundestag als **Regierungserklärung** vortrug. Unter seiner Führung ist Deutschland in diese Misere geraten und die Antwort hat er vom höchsten deutschen Gericht bekommen. Man hat ihn als „hütchenspielenden Etattrickser“ entlarvt. Sein saft- und kraftloser Vortrag war ohne jede Substanz und es war nicht zu erkennen, dass er irgendwelche Ideen hatte, mit der „Ampel-Brigade“ das Steuer herumzureißen. Bewertung von Oppositionsführer Friedrich Merz: Sie sind als Kanzler ungeeignet – sie können es nicht! In Richtung deutsches Volk hat O.Sch. auf die Fußballhymne verwiesen: „You’ll never walk alone“. Damit ist aber dem deutschen Volk nicht geholfen. Im Gegenteil, er braucht Vasallen, die ihn nicht im Platzregen stehen lassen. In der freien Wirtschaft wäre es relativ einfach, einen Schuldigen zu belangen. Der politische „Würdenträger“ hat Immunschutz. Der allerdings müsste so viel „Schneid“ haben, seinen Hut zu nehmen und gehen. Schließlich hat er einen Eid geleistet, dass durch seine Arbeit dem deutschen Volk kein Schaden entsteht. Warten wir’s ab, denn an dieser Stelle Prognosen für die Zukunft aufzustellen, ist müßig. Zum **SPD-Parteitag** Anfang dieses Monats erlauben wir uns eine Kurzbetrachtung. Die SPD steht zusammen, aber von Geschlossenheit keine Rede. Man erkennt die Realität nicht und vom „Aufbruch“, den der Kanzler bei der Vereidigung am 08.12.2021 versprach, ist man weit entfernt. Die Dauerkrisen (Wahlchaos in Berlin, Wahlrechtsreform der Ampel, Rolle von O.Sch. im Cum-Ex-Skandal, Auskunftspflicht der Ampel-Regierung) werden dem Kanzler weitere Tiefschläge verpassen. Von der Rede des Juso-Chefs Philipp Türmer, der die Führungsqualitäten von O.Sch. anzweifelte, hätte sich dieser eine Scheibe abschneiden können. Kanzler Scholz schafft es weder mit der SPD, geschweige denn mit der Ampel, Deutschland wettbewerbsfähig zu machen, das Sozialsystem nachhaltig zu finanzieren bzw. einen funktionierenden Staatsapparat auf die Beine zu stellen. Die AfD wird sich darüber im Schicksalswahljahr 2024 freuen.

Den Namen „**Mister Haushalt**“ hat sich **Werner Gatzert** seit 2005 bis heute erarbeitet. Als Architekt der Schuldenbremse und Schöpfer der „schwarzen Null“ hat im Hintergrund an allen maßgeblichen finanzpolitischen Entscheidungen der letzten 20 Jahre mitgewirkt. Einen schuldenfreien Etat schaffte er 2014 mit Wolfgang Schäuble. Ob es um Sondervermögen, Nettokreditaufnahme (was nichts Anderes als Schulden sind) – er beriet die Minister und wies auch auf die Brisanz hin, die im Etat 2023 steckt. Kein Problem für den Kanzler, weil die Anwendung des Hütchenspielertricks in der Vergangenheit schon mehrfach geklappt hat. In der freien Wirtschaft nennt man so etwas Bilanzbetrug. So ähnlich sah es das Bundesverfassungsgericht auch und stürzte mit dem Haushaltsurteil die Ampel in ein 60 Mrd. € schweres Loch. Erklärungsbedarf bei den Vorsitzenden ihrer Parteien: Robert Habeck als politisches Neutrum, der lediglich eine stark ausgeprägte Blickrichtung auf grüne Fantasien hat. Der rote Kanzler macht das, was er am besten kann – wegdrehen und abtauchen. Nach einigen Tagen erscheint er wieder auf der Bildfläche und geht ohne Planänderung seinen normalen Amtsgeschäften nach. Er hätte sich doch an der Rede vom 14.03.2003 orientieren können, als Kanzler Gerhard Schröder die rotgrüne Koalition geißelte und nach der selbstverschuldeten Krise die Agenda 2010 einläutete. Auf seinem Rezept-Block standen viele bittere Pillen. Von O.Sch. – nichts. Nach dem Etat-Chaos war es für Christian Lindner eine „Frage der Ehre“, wieder Ordnung im Haushalt herzustellen. Als erstes stellte er den 65-jährigen Gatzert frei, der ohnehin nächstes Jahr in den Ruhestand gehen sollte. In ein tiefes Loch fiel der nicht, denn er wurde gleich Aufsichtsrat der Deutschen Bahn. Fremd ist die ihm nicht, denn Ende

2/18 war er ganze 2 Monate bei der DB-Tochter Station & Service. Es wird sich zeigen, wie er mit der Bahn-Verschuldung in 2023 von ca. 33 Mrd. € umgeht.

Wolf Reuter soll als neuer Besen im Finanzministerium fegen. Für den Nachtragshaushalt 2023 leitete er das Umlaufverfahren<sup>1</sup> ein. Er weist auf die „außergewöhnliche Notlage“ hin und versucht damit schlussendlich, die Schuldenbremse auszusetzen. Dem muss allerdings der Bundestag noch zustimmen. Von der Notlagenklausel macht man im 4. Jahr bereits Gebrauch. Zwischenzeitlich hat die Ampel einen **Haushaltskompromiss für 2024**, der (in Kurzfassung) wie folgt aussieht:

- Der CO<sub>2</sub>-Preis für Gebäude und Verkehr beträgt ab 01.01.2024 45,00 €. Alles, was mit fossilen Brennstoffen wie Gas und Öl zu tun hat, wird sich verteuern; die Tankstellenpreise für Benzin sowie das Beheizen der Häuser mit Gas und Öl.
- Bürgergeld und Kindergrundsicherung sollen gekürzt werden und man schätzt die Einsparung 2024 auf 1,5 Mrd. €.
- Der Zuschuss zu den Stromkosten von ca. 5,5 Mrd. € ist gestrichen. Die Kilowattstunde Strom wird im Durchschnitt auf 6,45 Cent angehoben.
- Für Waffenlieferungen in die Ukraine sind „nur“ 8 Mrd. € geplant und für die Versorgung der Ukraine-Flüchtlinge 6 Mrd. €. Die bescheidenen 2,7 Mrd. € für Flutopfer aus NRW und Rheinland-Pfalz (2021) stehen noch auf dem Prüfstand.

Schlussbetrachtung: Die Karre, welche die Ampel in den Dreck gefahren hat, müssen mit Abgaben und Steuern Haushalte und Unternehmen rausziehen. Der Haushaltsstreit wurde mit planloser Flickschusterei beigelegt. Die Ampel ist Sand im Getriebe Deutschlands.

Zweimal hat Prabowo Subianto die Präsidentschaftswahl in **Indonesien** gegen Präsident Widodo verloren. Aber gemäß dem Sprichwort sind aller guten Dinge drei, denn Widodo darf nach zwei Amtszeiten nicht mehr antreten. Die Verhandlungen mit der **EU** werden für den 72-jährigen, der in der Schweiz und England aufgewachsen ist, nicht einfacher. Indonesien, ein Land mit 280 Mio. Einwohnern, verhandelt seit 2016 über ein Freihandelsabkommen. Man hat ein Ausfuhrverbot von Nickel erz verhängt, weil man den Rohstoff im eigenen Land verarbeiten möchte. Darin sieht die EU einen Verstoß gegen internationale Regeln. Indonesien beklagt vor der WTO (Welthandelsorganisation) EU-Importzölle auf Biodiesel und Palmöl (Lebensunterhalt für Millionen indonesischer Kleinbauern), Kakao, Kaffee und Tee. Subianto sprach von Ungerechtigkeit, weil man der deutschen Autoindustrie und Airbus die Tür nach Indonesien weit geöffnet hat. Er sprach auch die Anti-Entwaldungsverordnung der EU an, nach der ab Ende 2024 kein Verkauf von Produkten erlaubt ist, die von entwaldeten Flächen stammen. Er verwahrt sich gegen Belehrungen aus der EU und erinnert an die Kolonialzeit, als Europäer in Indonesien mit der Abholzung begannen, um ihre Plantagen im Land zu errichten.

Die Überschrift ist klar: „Mehr **Klimaschutz**“. Dazu trafen sich bis 70.000 Personen aus annähernd 200 Ländern zur **COP28** (Conference of the Parties) vom 30.11.-12.12.2023 in klimatisierten Hallen der Wüste von Dubai. Um den Klimawandel abzuwenden, hatte sich die Weltgemeinschaft auf max. 1,5°C Erderwärmung geeinigt. Europa und namentlich Deutschland will komplett aus den fossilen Energien aussteigen. Man ist aber von fossilen Energien abhängig und muss sie zu stark schwankenden Preisen zukaufen. Öl- und Gasländer verdienen gut an diesem Geschäft und wollen das auf Sicht nicht aufgeben. Industrieländer hatten sich verpflichtet, ab 2020 ärmere Länder mit

---

<sup>1</sup> Es handelt sich um eine besondere Form der Abstimmung im Kabinett.

jährlich 100 Mrd. USD zu unterstützen. Deutschland hat seinen Anteil von knapp 6,5 Mrd. € bereits erbracht. Auf der Welt ist China der größte Emittent von CO<sub>2</sub>-Treibhausgasen, auf Platz 2 liegen die USA; es folgen Indien und Russland. Die 20 größten Industrie-Schwellenländer erzeugen gut 80% der globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen.

Sultan Ahmed al-Dschaber hatte eine Doppelrolle als Präsident der COP28. Er ist darüber hinaus Chef des staatlichen Ölkonzerns Adnoc und Gründer des Staatskonzerns in den Emiraten Masdar für erneuerbare Energien. Er will erreichen, dass der Öl- und Gasriese Masdar bis 2045 klimaneutral produziert.

Aus Deutschland kamen zeitversetzt eine Delegation in Mannschaftsstärke von mehr als 250 Regierungsmitarbeitern bis hin zu Kanzler Scholz. Ob zu Konferenzen (wo deren Wortbeitrag gefragt ist) oder nur zum „Betriebsausflug“, sei dahingestellt. Hinzu kommen Sicherheitspersonal, Mitarbeiter des Bundeskriminalamtes, Mitarbeiter der deutschen Botschaft und des Konsulats und andere mehr. Zu den entstehenden Gesamtkosten gibt es keine Hochrechnung. Wir sind aber sicher, dass der Bund der Steuerzahler das noch kommentieren wird. Die „Reisegruppe“ wird ihren selbst gesetzten Ansprüchen nicht gerecht, denn für die Flüge fallen Hunderte Tonnen CO<sub>2</sub> an. Vom Start an ist Jennifer Morgan<sup>2</sup>, Ex-Greenpeace-Chefin, dabei. Sie ist anscheinend das neue Gesicht der deutschen Klima-Außenpolitik.

Gleich zum Start der Weltklimakonferenz haben 22 Staaten eine Erklärung veröffentlicht. Es soll bis 2050 der Ausbau der Atomkraft verdreifacht werden – zum Wohle des Klimas! Der US-Gesandte John Kerry wie auch Frankreichs Präsident Emmanuel Macron vertreten die Ansicht, dass ohne Nuklearanteil die Klimaziele bis 2050 nicht zu erreichen sind. Stromerzeugung aus Atom beträgt z.Zt. in den USA ca. 18%, in Frankreich ca. 63%. In Deutschland sind alle AKWs abgeschaltet und man kauft den Atomstrom aus dem Ausland zu. Die Ampel setzt ausschließlich auf erneuerbare Energie, was unserer Meinung nach zu kurz gedacht ist. Damit werden wir den deutschen Bedarf nicht decken können, machen uns aber erneut abhängig von irgendwelchen internationalen Lieferanten. Macht ja nichts, der Steuerzahler trägt's ohnehin. Im Abschlusstext der COP28 wurden Absichtserklärungen niedergeschrieben, aus Gas, Kohle und Öl auszusteigen. Nicht nur Deutschland reichte das, um von einem guten Ergebnis zu sprechen und überglücklich, mit viel CO<sub>2</sub>-Anfall, wieder zurück in die Heimatländer zu fliegen. Im November 2024 wird es bei COP29 in Aserbaidschan ähnlich ablaufen. Nur zur Erinnerung: Das seit Jahrzehnten diktatorisch regierte Aserbaidschan finanzierte seinen letzten Angriffskrieg zu 92% aus Gas- und Öleinnahmen.

Der Direktor des Potsdamer Instituts für **Klimaforschung** (PIK) Ottmar Edenhofer würde sich liebend gerne schon heute statt morgen von fossilen Brennstoffen trennen. Da er aber kein Fantast ist, sagte er bei einer kürzlichen Befragung: „Wir werden mit der **Ölindustrie** noch lange leben müssen. Bis 2050 wird der Ölverbrauch nicht auf null sinken (bestenfalls auf 40% des heutigen Niveaus).“ Den Kampf gegen die Erderwärmung können wir nur mit den Ölmultis (und deren Finanzkraft) gewinnen. Auf seiner Karriereleiter ist der Neuseeländer Dan Ammann bei Exxon gelandet, die sich als „Müllabfuhr für CO<sub>2</sub>“ versteht. Vor Rotterdam liegt in der Nordsee ein Gasfeld in 3.000 m Tiefe; bis Ende 2024 wird das leergepumpt sein. Ein Konsortium (ExxonMobile, Shell, Air Liquide und Air Products) wollen dort 2,5 Mio. to CO<sub>2</sub> pro Tag einlagern, die bei der Verarbeitung von Gas und Öl in den Raffinerien rund um Rotterdam anfallen. Das Projekt „Porthos“ wurde bereits gestartet. Mit Linde will man die Wasserstoff- und Ammoniakproduktion im texanischen Beaumont dekarbonisieren. Pläne gibt es mit dem Stahlriesen Nucor, der CO<sub>2</sub> verpressen will, was in der

<sup>2</sup> Jennifer Morgan, geboren am 21.04.1966 in New Jersey, ist studierte Politikwissenschaftlerin. Seit 2022 besitzt sie einen deutschen Pass. Sie ist Staatssekretärin und Chefin von 60 Mitarbeitern.

Eisenreduktionsanlage in Louisiana anfällt. ExxonMobile ist Marktführer bei „grauem“ Wasserstoff, den man in „blauen“ umwandeln will. Es wird CO<sub>2</sub> aufgefangen und unterirdisch im Golf von Mexico eingelagert. „Blauer“ Wasserstoff ist billiger als „grüner“ Wasserstoff, der aus Ökostrom und Wasser produziert wird und ähnlich klimafreundlich ist. Shell (Großbritannien), Total (Frankreich) und Equinor (Norwegen) haben das Projekt „CCS Northern Lights“, nach dem Schiffe das Treibhausgas zum unterirdischen Endlager bringen sollen. In Deutschland hat man diese Technik bisher abgelehnt. Jetzt will sie Minister Robert Habeck per Gesetz ermöglichen. Auch die Klimaschutzorganisation Germanwatch<sup>3</sup> stimmte zwischenzeitlich zu. Bisher kennt man in Europas nur den CO<sub>2</sub>-Preis (oder besser die Steuer), der bis 2026 jedes Jahr erhöht wird. Eine Speicherung statt Emission wäre eine Überlegung wert. Der Weltklimarat IPCC<sup>4</sup> schätzt, dass bis zum Jahre 2100 680 Mrd. to CO<sub>2</sub> unter die Erde gebracht werden müssten. Wenn Edenhofers Hochrechnung stimmt und bis 2050 noch 40% der heutigen Öl- und Gasmenge gefördert wird, müssten ca. 3 Mrd. to CO<sub>2</sub> per Direct Air Capture<sup>5</sup> eingefangen und gespeichert werden. Bei 55% wären es 6 Mrd. to. Dieses Absenken des Kohlenstoffs würde den Steuerzahler 1-2% des globalen Sozialprodukts kosten. Schon heute ist klar, wer verdient, wenn Gas und Öl klimaneutral eingestuft würden.

Die Schrift übermittelt, dass man mit Blick auf die Münzen, die das Bild des Kaisers zeigen, Jesus prüfen wollte und er soll gesagt haben: So gibt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört und Gott, was Gott gehört. Heute bestimmt die Regierung die Abgaben. Mit geringem Unterschied zu Belgien sind wir das Land mit der zweithöchsten Steuer in der EU. 2022 wurde die stolze Summe von 895,7 Mrd. € im Bund eingenommen. Dass es unter Steuerpflichtigen auch Sünder gibt, die dem weltlichen Staat die vollen Zahlungen verweigern, können wir täglich in der Zeitung lesen (z.B. CumEx). Offensichtlich versucht es die Ampel aber auch mit Tricks, z.B. durch Verschiebung die im Grundgesetz niedergeschriebene Schuldenbremse auszuhebeln. Erstmals hat eine Regierung von einem Gericht ein Stopp bekommen. Nach dieser haushaltspolitischen Ohrfeige muss man darüber hinaus einen verfassungskonformen Haushalt nicht nur für 2024, sondern auch die Folgejahre konzipieren. Was würde nicht nur die schwäbische Hausfrau in solchen Fällen tun: Sparen! Warum tun unsere Politiker nicht das gleiche? Aus dem Stegreif in unsortierter Reihenfolge einige Maßnahmen aus dem Schwarzbuch Nr. 51 2023/24 Beispiele, nach welchen Milliarden zum Fenster rausgeschmissen wurden (z.B. 2. Bundeshaus in Berlin, vergoldete Parkbänke in Wuppertal -

---

<sup>3</sup> Die Entwicklungs- und Umweltorganisation engagiert sich für globale Gerechtigkeit und den Erhalt von Lebensgrundlagen. Dabei konzentriert sich der Verein auf Politik und Wirtschaft der Länder des globalen Nordens und setzt sich für Gerechtigkeit für die Menschen des globalen Südens ein. Politischer Geschäftsführer von Germanwatch ist seit 2005 Christoph Bals. (Quelle: Wikipedia)

<sup>4</sup> Der Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), deutsch Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen (oft als Weltklimarat bezeichnet), wurde im November 1988 vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) als zwischenstaatliche Institution ins Leben gerufen, um für politische Entscheidungsträger den Stand der wissenschaftlichen Forschung zum Klimawandel zusammenzufassen mit dem Ziel, Grundlagen für wissenschaftsbasierte Entscheidungen zu bieten, ohne dabei Handlungsempfehlungen zu geben. Der Sitz des IPCC-Sekretariats befindet sich in Genf (Schweiz), 195 Regierungen sind Mitglieder des IPCC, darüber hinaus sind mehr als 190 Organisationen als Beobachter des IPCC registriert. (Quelle: Wikipedia)

<sup>5</sup> Direct air capture (DAC) ist ein Verfahren zur Gewinnung von Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>) direkt aus der Umgebungsluft. Grundprinzip ist, dass Umgebungsluft durch einen Abscheideapparat strömt, der einen Teil des CO<sub>2</sub> entzieht. Genauso wie bei Carbon Capture and Utilization ist das Ergebnis des Verfahrens reines CO<sub>2</sub>. Dieses kann anschließend für verschiedene Zwecke verwendet werden. Wegen dieser Eigenschaft werden solche Anlagen als „Artificial trees“ („künstliche Bäume“) bezeichnet. (Quelle: Wikipedia)

400.000 €, Rolph in Rheinland-Pfalz - 3 Mio. €, geplatzte Eintracht-Pokal-Feier – 1,2 Mio. € und vieles andere mehr):

- Entwicklungshilfe – seit 2010 wird China vom Bundesentwicklungsministerium (BMZ) nicht mehr als Entwicklungsland eingestuft. Es sind Mittel geflossen und für Darlehen nimmt die KfW am Kapitalmarkt Geld auf. Förderkredite werden erst ab 2026 gestoppt.
- Die gesetzliche Rente wird jährlich gestützt. Unterm Strich 2023 ca. 112 Mrd. €, 2024 ca. 117 Mrd. €. Tendenz steigend.
- Nach dem aktuellen Beteiligungsbericht hält der Bund 2022 Anteile an 117 Unternehmen. Nicht alle davon lassen sich auf dem Finanzmarkt veräußern. Verkauf der Bundesanteile an Telekom und Post würden ca. 40 Mrd. € einbringen.
- Bevor vom Bund keine Milliardenzahlungen kommen, wird es keinen Spatenstich geben, um die Halbleiterindustrie in Deutschland anzusiedeln. In unserer Info vom 23.08.2023 hatten wir uns bereits dazu kritisch geäußert.
- Wer schädliche Gase ausstößt, muss zahlen. 30 €/to CO<sub>2</sub> in 2023, 40 € in 2024 und 45€ in 2025. Die Denkfabrik Agora Energiewende hat errechnet, dass man bei 60 € in 2024 rund 6,6 Mrd. € zusätzlich in der Kasse hätte. Das würde bedeuten: 8,15 ct mehr für den Liter an der Zapfsäule.
- Deutschland ist größter Finanzier der EU. Eine Prüfung wäre ratsam.
- Prüfung der Beamten-Pensionen.
- Die „soziale Hängematte“ für Migranten sollte dringend kleiner gestrickt werden.

Beispiele könnten noch weiter aufgezählt werden. Im Grundsatz aber sollte man den Richtern danken, weil sie der Regierung ein Sprungbrett aufgestellt haben für Kürzungen.

Christian Lindner hat Steuererhöhungen eine klare Absage erteilt. Die SPD sowie auch die Linken fordern Steuererhöhungen besonders bei der Einkommensteuer. Die in der Corona-Krise ermäßigte Mehrwertsteuer auf Speisen soll wieder auf das Maß von 19% angehoben werden; Einnahmen ca. 1,8 Mrd. €. Insolvenzen sind vorprogrammiert.

In jedem Land sollte die politische und ökonomische Stabilität Vorrang haben. Die Realität sieht aber anders aus und offensichtlich sind Staatsschulden für viele das Fundament für Wachstum und Wohlstand. In den vergangenen Jahren gab es immer wieder Krisen, die zum Anlass genommen wurden, in die Kreditschatulle zu greifen. Da die Zinsen niedrig waren, gab es keine großartigen Probleme. Die Notenbanken lieferten Geld aus der Notenpresse. Bis man vor eineinhalb Jahren feststellte, dass Geld ja doch einen Preis hat. Die Zinsen waren relativ hoch, die Inflation ging zurück und nur die Schulden stiegen. Als die Zinsen niedrig waren, musste man sich keine Gedanken machen, wie man die Schulden bedienen konnte. Das änderte sich allerdings mit den gestiegenen Zinsen und der Schuldenstand der einzelnen Länder legte rasant zu. Mit frischem Geld wurden staatliche Corona-Hilfen finanziert, was die Preise in die Höhe trieb. Der Zinsaufwand für Schulden der Bundesrepublik zur Finanzierung des Bundeshaushaltes bzw. Sondervermögen des Bundes

- 2021 ca. 4 Mrd. €
- 2023 ca. 40 Mrd. € (09.10.2023 Finanzminister Christian Lindner).

Der Zinsaufwand lässt dem Finanzminister weniger Spielraum, Geld für andere Staatsaufgaben zu erübrigen. Steigende Zinsen erhöhen die Schuldenquoten eines Landes. Deshalb erscheint es

erforderlich zu sein, einen annähernd ausgeglichenen Haushalt, unter der Herausrechnung von Zinsausgaben, auszuweisen, um einen Anstieg der Schuldenquote zu vermeiden. In Europa haben die unterschiedlichen Regierungen vielfach auf Kredit finanziert. In Deutschland allerdings hat das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil zur Schuldenbremse die Ampelregierung unter Spardruck gesetzt. Der EU-Haushalt hat mit Sparen nicht viel zu tun. Für ihn haften aber im Endeffekt alle EU-Länder mit ihren nationalen Haushalten. Schlussendlich ist dann wieder die EZB gefragt, die Zinsen zu senken, damit die Schuldenquoten nicht rapide steigen. Folge: Steigende Inflation.

### Stahl-, Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Produzenten suchen Aufträge, aber vom Markt kommen keine Bedarfe. Lagerführende Anbieter verkaufen unter dem Motto: Der erste Verlust ist der kleinste. Ex Lager wird zu Effektivpreisen verkauft; das bedeutet, fallende Legierungszuschläge tun zusätzlich weh. So bleibt es voraussichtlich in den nächsten Wochen. Industriemetalle wie Nickel, Molybdän und Chrom, die zur Herstellung von Edelstahl-Rostfrei benötigt werden, sind im Abwärtstrend. Die Legierungszuschläge logischerweise ebenfalls. Da die Legierungszuschläge bei Publikation dieser Info noch nicht offiziell waren, beschränken wir uns auf eine Pfeil-Markierung (). Versorgungsengpässe wird es bei den Rohstoffen aus heutiger Sicht im nächsten Jahr nicht geben.

### Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs	Kassapreis	3 Monats-Preis	Nickel-Bestand / to	dt. Kassapreis
	€ / US-\$	Nickel (LME)	Nickel (LME)	LME	Nickel €/100 kg
02.01.2020	1,1213	14.075	14.165	153.318	1.258
04.01.2021	1,2296	17.344	17.403	247.980	1.410
04.01.2022	1.1370	20.730	20.610	101.256	1.839
03.01.2023	1.0664	31.200	31.350	55.380	2.961
01.02.2023	1.0857	30.060	30.350	49.086	2.760
01.03.2023	1.0613	25.025	25.225	44.094	2.342
03.04.2023	1.0839	23.560	23.890	43.058	2.166
02.05.2023	1.1003	24.235	24.295	40.016	2.210
01.06.2023	1.0661	20.850	20.950	37.686	1.948
03.07.2023	1.0909	20.160	20.450	38.508	1.850
01.08.2023	1.1026	22.355	22.700	37.512	2.037
01.09.2023	1.0849	20.475	20.700	37.170	1.890
02.10.2023	1.0573	18.510	18.875	42.204	1.758
01.11.2023	1.0569	17.750	18.075	44.784	1.684
01.12.2023	1.0915	16.655	16.900	46.314	1.531
19.12.2023	1.0918	16.460	16.725	52.698	1.501

### Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2023		2023		2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	12/23	853	07/23	1.056	↓											
4301	12/23	2.055	02/23	2.989	↓											
4404	12/23	3.373	03/23	5.472	↓											
4509	09/23	1.168	07/23	1.297	↓											
4521	12/23	2.043	03/23	2.916	↓											
4539	12/23	6.038	03/23	10.313	↓											
4571	12/23	3.415	03/23	5.550	↓											

### Legierungszuschläge für Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2023		2023		2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024	2024
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	09/23	1.116	07/23	1.267	↓											
4301	12/23	2.466	02/23	3.587	↓											
4310	12/23	2.322	02/23	3.328	↓											
4404	12/23	4.048	03/23	6.566	↓											

### Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2022		2022		2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023	2023
	Monat	€/to	Monat	€/to												
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	07/22	380	04/22	800	430	430	430	425	440	420	420	435	435	420	420	410
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	07/22	1.050	04/22	2.450	1.500	1.510	1.450	1.400	1.310	1.120	1.200	1.260	1.350	1.330	1.280	1.230
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	07/22	1.570	04/22	3.300	2.500	2.680	2.650	2.450	2.220	2.150	2.080	2.250	2.400	2.330	2.220	2.180

\*) Markenname Outokumpu Nirosta